

Israel stellt über 1.000 Haftbefehle gegen ultraorthodoxe Wehrdienstverweigerer aus

Israel hat über 1.000 Haftbefehle gegen ultraorthodoxe Wehrdienstverweigerer ausgestellt. Diese Maßnahme könnte die Spannungen in der Gesellschaft weiter anheizen.



Die israelischen Streitkräfte haben für 1.126 ultraorthodoxe Wehrpflichtige Haftbefehle erlassen, die den Einberufungsbefehlen nicht nachgekommen sind. Diese Entscheidung dürfte die Unzufriedenheit mit dem umstrittenen Beschluss, der jahrzehntelangen exemptions von der Wehrpflicht abzuschaffen, weiter anheizen.

Arrestbefehle und ihre Folgen

Brigadegeneral Shay Tayeb gab am Dienstag in einem Ausschuss des Parlaments bekannt, dass die Wehrpflichtigen, die ihre Befehle ignoriert haben, zunächst kontaktiert und an ihre Verpflichtungen erinnert werden. Wer weiterhin nicht kooperiert, wird umgehend vorgeladen oder riskiert, als Wehrdienstverweigerer erklärt zu werden. In diesem Fall drohen ein Ausreiseverbot sowie die Gefahr der Festnahme bei Polizeikontrollen.

Unruhen in der ultraorthodoxen Gemeinschaft

Diese Maßnahmen könnten die Unzufriedenheit, die die Gesellschaft seit einem Gerichtsurteil im Juni erfasst hat, verstärken. Das Gericht entschied, dass ultraorthodoxe Juden nicht von der Wehrpflicht befreit werden können, so wie es seit der Gründung Israels der Fall war. Nach diesem Urteil haben die israelischen Behörden bereits 3.000 Einberufungsbefehle an ultraorthodoxe Juden verschickt. Außerdem kündigte der neue Verteidigungsminister Israel Katz an, weitere 7.000 Befehle zu versenden, die von seinem Vorgänger Yoav Gallant genehmigt wurden, bevor dieser vor zwei Wochen entlassen wurde.

Bedarf an Soldaten im IDF

Brigadegeneral Tayeb warnte jedoch, dass selbst 10.000 ultraorthodoxe Wehrpflichtige möglicherweise nicht ausreichend seien. „Die IDF benötigt Soldaten. Wir haben von 10.000 gesprochen, aber das ist keine stabile Zahl, da wir leider Verluste haben“, sagte er.

Proteste und Widerstand

Am Dienstag rief der Oppositionsführer Yair Lapid Katz dazu auf, umgehend zusätzliche Einberufungsbefehle auszustellen und die Durchsetzung gegen diejenigen auszudehnen, die nicht erschienen sind. „Dies ist ein Test, der zeigt, wer hinter den

kämpfenden Truppen steht und wer hinter den Wehrdienstverweigerern“, veröffentlichte er auf der Plattform X.

„Lieber Tod als Wehrpflicht“

Bereits vor der Bekanntgabe der Haftbefehle hatte sich unter der ultraorthodoxen Gemeinschaft Wut angestaut. Am Sonntag kam es in Bnei Brak, östlich von Tel Aviv, zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und ultraorthodoxen Protestierenden. Auf Plakaten war zu lesen: „Es ist besser, als religiöser Jude zu sterben, als als säkularer Jude zu leben“ und „Tod statt Wehrpflicht“.

Die tiefen gesellschaftlichen Risse

„Unsere Jugend demonstriert, weil die israelische Regierung will, dass unsere Religiösen in die Armee eingezogen werden“, sagte der Protestierende Yona Kaye. „Unsere Geschichte ist voller Juden, die ihr Leben aufgegeben haben, um religiös zu bleiben. Wir werden sterben. Wir werden längere Zeit im Gefängnis verbringen, aber nicht in die israelische Armee gehen, die bedeutet, religiös zu werden.“ Solche Proteste verdeutlichen die Spaltung in der israelischen Gesellschaft zwischen ultraorthodoxen Juden und anderen Israelis, die der Meinung sind, dass alle jüdischen Bürger Militärdienst leisten sollten, insbesondere in Kriegszeiten.

Studium statt Militärdienst

Viele Haredi-Männer verbringen einen Großteil ihrer Jugend außerhalb des Arbeitsmarktes und studieren in religiösen Schulen, den sogenannten Jeschiwot, die teilweise durch staatliche Subventionen finanziert werden. Für viele Haredim ist der Gedanke, vom Studium der Heiligen Schrift in die israelische Armee eingezogen zu werden, schlichtweg unvorstellbar.

Historische Exemtionen

Eine Regelung aus der Gründungszeit Israels befreite mehrere Hundert Haredi-Männer von der Wehrpflicht. Seitdem hat sich die Gemeinschaft jedoch exponentiell vergrößert, was es zehntausenden ultraorthodoxen Männern ermöglicht, nun den Militäreinsatz zu vermeiden.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at